

Digitale Einheit

von Viviane Reding

Fünf Schwerpunktthemen umfasst der E-Government-Aktionsplan der EU. Inzwischen wurde ein Förderprogramm beschlossen, das die Umsetzung näher regelt. Eine Zwischenbilanz: Europa auf dem Weg zur grenzüberschreitenden digitalen Verwaltung.

Der E-Government-Aktionsplan der Europäischen Union wurde im April 2006 als fester Bestandteil der i2010-Initiative für Wachstum und Beschäftigung in der Informationsgesellschaft beschlossen. Die Mitgliedsstaaten hatten sich auf fünf Schwerpunktbereiche und konkrete Zielsetzungen verpflichtet, die bei der Konferenz Advancing E-Government, die am 1. März 2007 in Berlin stattfand, bekräftigt wurden. Maßnahmen auf nationaler und europäischer Ebene wurden von der E-Government-Unterarbeitsgruppe zusammen mit Experten definiert. Die Konferenz in Berlin war eine Gelegenheit, die Arbeitsergebnisse vorzustellen und zu vertiefen sowie das Themenspektrum zu verbreitern. Dies geschah in verschiedenen Workshops und Gesprächsrunden, an denen internationale Experten aus Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft mitwirkten.

Link-Tipp

Das neue E-Government-Portal der Europäischen Kommission:

- www.epractice.eu

Die offizielle Website der 4. E-Government-Ministerkonferenz in Lissabon:

- www.megovconf-lisbon.gov.pt

Weitere Links finden Sie unter www.kommune21.de.

Im Mai 2007 wurde das IKT-Förderprogramm innerhalb des Rahmenprogramms für Wettbewerb und Innovation beschlossen, das Aktivitäten zu den verschiedenen Schwerpunkten des E-Government-Aktionsplans näher beschreibt und Finanzinstrumente wie Pilotmaßnahmen und thematische Netzwerke zu deren Förderung definiert. Es enthält einen Aufruf zur Einreichung von Vorschlägen, der bis 23. Oktober 2007 läuft. Dieser Aufruf umfasst Unterstützungsmaßnahmen für die Umsetzung des E-Government-Aktionsplans. Was sind nun die Themen und Zielsetzungen des Aktionsplans? Wie verhalten sich diese zu den Schlussfolgerungen der Berliner Konferenz? Und wie unterstützt das IKT-Förderprogramm die Ziele?

Ein Motto des europäischen E-Government-Aktionsplans lautet: „Kein Bürger bleibt zurück.“ Dies bedeutet, dass die digitale Integration durch elektronische Behördendienste vorangetrieben wird, damit bis 2010 allen Bürgern sichere, innovative Dienste mit einfachem Zugang zur Verfügung stehen. Zwei Pilotmaßnahmen für innovative Lösungen wurden dazu gestartet:

- Integrative elektronische Behördendienste sollen Bürgern und

Unternehmen, die bisher elektronische Services nicht nutzen konnten, über Mehrkanalplattformen zugänglich gemacht werden.

- Eine One-Stop-Plattform für Sozialfürsorgeleistungen soll Sozialämtern eine kundennahe Betreuung jener Personen ermöglichen, die keinen Internet-Zugang haben.

Ziel des Aktionsplans ist es, bis 2010 eine hohe Nutzerzufriedenheit, Transparenz und Verantwortlichkeit sowie einen geringeren Verwaltungsaufwand und Effizienzgewinne zu erzielen. Dazu wird ein thematisches Netzwerk zur Messung der Wirkung und Zufriedenheit der Nutzer elektronischer Behördendienste gebildet, das zum Austausch von Erfahrungen und zur Konsensbildung dient, die Schlüsselakteure zusammenbringt und die EU-Agenda hier vorantreibt. Erfahrungsaustausch, Vereinfachung und Reduzieren des Verwaltungsaufwands waren auch grundlegende Themen der Konferenz Advancing E-Government.

Die elektronische Angebotsabgabe bei Ausschreibungen der öffentlichen Hand soll bis zum Jahr 2010 von allen ausschreibenden Stellen ermöglicht werden. Ziel ist

es, dass die Hälfte der Vergaben öffentlicher Aufträge in Europa auch tatsächlich elektronisch abgewickelt wird. Die Pilotmaßnahme „Ermöglichung der europaweiten E-Vergabe“ stellt die Unternehmen in den Mittelpunkt. Die E-Vergabe verbunden mit der E-Bestellung und E-Rechnungslegung wird den Firmen und den öffentlichen Verwaltungen enorme Erleichterungen und Einsparungen bringen. Der Verwaltungsaufwand bei Ausschreibungen wird gesenkt und die Prozeduren werden vereinfacht. Die grenzüberschreitende Interoperabilität ist eine Hauptforderung – ganz im Sinne von Advancing E-Government.

Den Bürgern und Unternehmen soll bis 2010 europaweit ein bequemer, sicherer, interoperabler und authentifizierter Zugang zu öffentlichen Diensten zur Verfügung stehen. Diesem Ziel ist das Pilotprojekt zum interoperablen elektronischen Identitätsausweis verpflichtet. Diese eID-Karte gestattet es den Bürgern, sich auch für Dienstleistungen anderer Mitgliedsstaaten zu identifizieren. Ein sicheres interoperables Identitätsmanagement ist eine Forderung der Berliner Konferenz an die Mitgliedsstaaten.

Ein weiteres wichtiges Ziel des Aktionsplanes ist es, die Bürgerbeteiligung zu stärken. Hier gilt es aufzuzeigen, mit welchen Mitteln die Teilnahme der Bürger an öffentlichen Diskussionen und ihre Beteiligung an der demokratischen Entscheidungsfindung verbessert werden können. In Berlin war auch die Rede von Open Government, Web 2.0, Blogs, Wikis und Podcasts, Begriffe, die unter dem Schlagwort soziale Software zusammengefasst werden. Eine Schlussfolgerung lautet: Neue Wege zur Erleichterung des Dialogs mit Bürgern und Interessengruppen mithilfe fortschrittlicher Instrumente werden geprüft. Auch hier sind thematische Netzwerke dazu aufgerufen, E-Beteiligung auf lokaler und regionaler Ebene zu fördern, Erfahrungen auszutauschen und ein Sachverständigenetz zu bilden. Ein zusätzliches Programm im Rahmen einer vorbereitenden Aktion ruft zur Einreichung von Vorschlägen über „Experimentelle Projekte und Unterstützungsaktionen zu Initiativen aus der Sicht der Bürger und der Entscheidungsträger“ auf.

Die neue Plattform, auf der sich die Interessengemeinschaften zu den Themenbereichen E-Government, E-Health und E-Inclusion

treffen und austauschen können, ist www.epractice.eu. Sie beruht auf Technologien von Web 2.0 und sozialer Software. Für exzellente Lösungen im Bereich von speziellen E-Government-Themen werden auf der kommenden Lissabonner Ministerkonferenz (19. bis 21. September 2007) die ePractice-Awards verliehen. Damit werden Vorreiterprojekte ausgezeichnet, die als Anregung für andere Mitgliedsstaaten dienen.

Der E-Government-Aktionsplan ist entsprechend der im Jahr 2006 mit den Mitgliedsstaaten vereinbarten Fahrpläne ein gutes Stück vorangekommen. Die Konferenz Advancing E-Government in Berlin hat dazu wertvollen Input geliefert. Vorbereitende Arbeiten der Europäischen Kommission mit den Mitgliedsstaaten haben ein gemeinsames Arbeitsprogramm ergeben und der erste Aufruf zur Einreichung von Vorschlägen läuft. Eine Erhebung der nationalen Fortschritte zu den einzelnen Themen ist im Gange. Der Fortschrittsbericht wird auf der Lissabonner Konferenz präsentiert.

Viviane Reding ist EU-Kommissarin für Informationsgesellschaft und Medien.



Unter europäischer Flagge: Fünf E-Government-Schwerpunkte wollen die Mitgliedsstaaten umsetzen.